

## Region

### Klares Ja zum neuen Dorfzentrum

**Leubringen** Mit einer deutlichen Mehrheit Ja-Stimmen hat das Volk den Kredit für das Projekt Dorfzentrum Leubringen gutgeheissen.

Die Urnenabstimmung gestern in Leubringen hat klar gezeigt: Das Volk will ein neues Dorfzentrum. Über 42 Prozent aller Stimmberechtigten haben an der Abstimmung teilgenommen. Mehr als 68 Prozent legten ein Ja in die Urne, knappe 32 Prozent ein Nein. Die Kontroverse um das Projekt war im Vorfeld bedeutend. Umso grösser ist die Erleichterung bei Gemeindepräsidentin Madeleine Deckert, die der Bevölkerung für das Vertrauen dankt.

Leubringerinnen und Leubringer konnten sich anhand eines Infoblattes und an Tafeln, die im Dorf aufgestellt waren, über die geplanten Veränderungen informieren (das BT berichtete). Zudem führten die Gemeinderäte Begehungen durch, die zum Bedauern von Madeleine Deckert nur spärlich besucht wurden. Was die wenigen Teilnehmerinnen und Teilnehmer am meisten interessierte, waren die finanziellen Auswirkungen. Hier konnte der Gemeinderat Entwarnung geben: Die Investition wird über die nächsten fünf Jahre verteilt, sodass mit einem jährlichen Aufwand von lediglich rund 80 000 Franken gerechnet werden muss, die keine Steuererhöhung zur Folge haben werden.

Die Bauarbeiten beginnen bereits im Juni. Sie werden in vier Etappen ausgeführt und dauern bis Mai 2024. *bi*

### Der Wunsch: Ein autofreier Treffpunkt

**Nidau** Wie soll der neu gestaltete Stadtplatz in Nidau aussehen? Die Stadt hat dafür eine Online-Umfrage bei der Bevölkerung durchgeführt.

Der Nidauer Stadtplatz soll attraktiver werden. Er bildet das Herzstück der Altstadt und soll im Zuge der Gesamtanierung der Mittelstrasse neugestaltet werden. Die Stadt Nidau hat eine Online-Befragung bei der Bevölkerung durchgeführt. Ziel war, deren Bedürfnisse zu erfahren. An der Umfrage nahmen 215 Personen teil. Die Ergebnisse zeigen auf, dass der Stadtplatz ein beliebter Ort ist. Die Resultate weisen allerdings auch darauf hin, dass es hinsichtlich der Gestaltung und Nutzung noch Luft nach oben gibt. So wurde unter anderem der Wunsch nach weniger Verkehr und mehr Sitzmöglichkeiten geäussert. Ginge es nach der Bevölkerung, sollte der Platz generell als lebendiger und autofreier Treff- und Begegnungsort gestaltet werden. In einem nächsten Schritt wird das Gesamtanierungsprojekt zuhanden den politischen Behörden fertiggestellt.

Per Zufall wurden drei der Umfrageteilnehmenden bestimmt, die einen Einkaufsgutschein à 50 Franken für den Wochenmarkt erhalten. Die glücklichen Gewinnerinnen und Gewinner werden in den nächsten Tagen informiert. *mt*

Info: Die Umfrageergebnisse finden Sie unter [www.nidau.ch/stadtplatz](http://www.nidau.ch/stadtplatz)

# Günstigeres Daheim für Gemeindeverwaltung gewünscht

**Meinisberg** Eine Umfrage in Meinisberg gibt Marschrichtung vor: Fast fünf Millionen Franken für einen Neubau des Gemeindehauses und mehr Schulraum ist für die Bevölkerung zu teuer.

**Daniela Deck**

Das Unbehagen ernst nehmen, daraus lernen und eine bessere Lösung präsentieren. Dieses Ziel wollen in Meinisberg der Gemeinderat und die Spezialkommission Schulhauserweiterung und Neubau Gemeindehaus erreichen, indem sie die Bevölkerung zu Wort kommen lassen. Nachdem der Projektkredit von 4,95 Mio. Franken für mehr Schulraum und ein neues Gemeindehaus am 29. November an der Urne Schiffbruch erlitten hatten, lancierten die Verantwortlichen eine Umfrage. Nun liegen die Ergebnisse vor.

Fast 180 Personen haben die Umfrage ausgefüllt, dies bei einer Einwohnerzahl von rund 1330 Personen. Das ist der aktuellen Ausgabe der Meinisberger Post zu entnehmen. Auf drei Seiten präsentieren Kuchendiagramme die Umfrageergebnisse übersichtlich und im Detail.

Die Beteiligung der Einwohnerschaft zeigt, dass die Investition die Leute bewegt. Der Grund für das Nein an der Urne liegt nun klar auf der Hand: 82 Prozent der Umfrageteilneh-

menden sind die 4,95 Millionen für Gemeindehaus und Schulhaus schlicht zu teuer. Bei der Abstimmung war das Verhältnis – 255 Nein- zu 210 Ja-Stimmen, bei einer Stimmbeteiligung von 51,94 Prozent – längst nicht so eindeutig gewesen.

Das dezidierte Votum für eine günstigere Lösung deutet darauf hin, dass diejenigen, welche die Ablehnung in der Urne deponiert haben, einen Beitrag zur Lösung des Problems leisten wollen. Da stellt sich die Frage: Müssen die beiden Bauprojekte gekoppelt sein? Vielleicht führen zwei getrennte Kreditgespräche eher zum Ziel.

#### Korrekturbedarf vorhanden

Gemeindepräsident Daniel Kruse freut sich über den guten Rücklauf der Umfrage. Auch die Tatsache, dass die Qualität der Schulhauserweiterung von 60 Prozent als gut bis sehr gut beurteilt wurde und von 26 Prozent immerhin als «zufriedenstellend», bedeutet für ihn eine Erleichterung. «Die Ergebnisse der Umfrage zeigen uns, wo die

### «Die Ergebnisse zeigen uns, wo die Probleme liegen.»

Daniel Kruse, Gemeindepräsident Meinisberg

Probleme liegen. Das ist für die Planung jetzt entscheidend», sagt Kruse.

Diese Probleme lassen sich folgendermassen auf den Punkt bringen: Die Bevölkerung sieht beim neuen Domizil der Gemeindeverwaltung deutlichen Korrekturbedarf. 54 Prozent findet das Projekt «schlecht», während 28 Prozent dieses als gut oder sehr gut benoten. Die Kosten von 1,5 Millionen sind fast allen, nämlich 83 Prozent, deutlich zu hoch. Zwei Drittel verlangen einen Kostendeckel von einer Million.

Bei der Schulerweiterung hingegen scheiden sich die Geister nur an den Kosten. Zustimmung und Ablehnung halten sich fast die Waage. Den Kredit von 3,3 Millionen stufen 53 Prozent als zu hoch ein, 47 Prozent als angemessen.

#### Zur Miete oder im Eigentum?

Grundsätzlich bedeutet das, dass die Gemeinde für die Verwaltung eine andere Lösung finden muss. Diese sollte günstiger sein, vorschriftsgemässe Arbeitsplätze und Schalter enthalten sowie ein Sitzungszim-

mer. Archiv und Technik im Untergeschoss erscheinen der Hälfte der Teilnehmenden wünschenswert. Ein Saal für Versammlungen und Vereinsmöglichkeiten geniessen hingegen keine Priorität.

#### Alle Optionen offen

Gemeindepräsident Kruse liest das Ergebnis zum Gemeindehaus so, dass für die Planung alle Optionen offenstehen, dass neben einem Neubau also auch Einmietung und Stockwerkeigentum in einem bestehenden Gebäude geprüft werden können.

Beim Schulhaus ist der Spielraum naturgemäss kleiner. Hier gilt eine Reihe Vorschriften für den Umfang und die Qualität des Schulraums, zudem gibt das bestehende Schulhaus einen gewissen Rahmen vor.

Der Gemeindepräsident sieht Vorteile in der Verzögerung der Projekte: «Im Rückblick war das Nein im Winter für Meinisberg ein Glücksfall.» Es habe den Weg freigemacht für eine bessere Lösung, die breit abgestützt sein werde. Nicht auszudenken, welchen Unfrieden ein knappes Ja gestiftet hätte, sagt Kruse.

## Für die soziale Wende – im kleinen Rahmen



**Biel** Trotz Pandemie hat es sich der Gewerkschaftsbund Biel-Lyss-Seeland nicht nehmen lassen wollen, auch in Biel eine 1. Mai-Feier abzuhalten. Eingeladen wurde allerdings einigermassen kurzfristig und zurückhaltend. Gepaart mit der Tatsache, dass sich im «roten Biel» zum Tag der Arbeit seit Jahren traditionell nur dann die grosse Masse versammelt, wenn ein Mitglied des Bundesrates auftritt, führte dies dazu, dass die vom Kanton Bern verordneten Regeln für Veranstaltungen problemlos eingehalten werden konnten. Die Obergrenze von 100 Besuchenden wurde nicht erreicht, die Maskenpflicht wurde ebenso eingehalten wie die Sitz- und Abstandspflicht. Auf den traditionellen Umzug vom Bahnhofplatz auf den Zentralplatz wurde verzichtet – die

Gesundheit komme vor allem, betonte Jesus Fernandez, Präsident des Gewerkschaftsbundes. Die rund 80 Anwesenden lauschten den Reden von Nationalrätin Regula Rytz (Grüne) und Gemeinderätin Glenda Gonzalez Bassi (PSR), die getreu dem diesjährigen Motto «Zeit für die soziale Wende» für eine gerechtere Schweiz und eine gerechtere Welt plädierten. Im Anschluss verlieh die Unia Biel-Seeland den Preis «Arbeit und Solidarität» an Yasemin Ünal und Cornelia Van der Tuin. Die beiden Verkäuferinnen haben sich gemäss der Gewerkschaft im Abstimmungskampf gegen mehr Sonntagsverkäufe im Kanton Bern besonders verdient gemacht. *Isgr* BILD: MATTHIAS KÄSER